

12 Das „saarabische“ Jahrzehnt

„Stumm glaubt zuverlässig, Seine Majestät jetzt sicher zu haben in betreff einer Umkehr bezüglich der Sozialdemokratie, an welche ich, solange Berlepsch Minister, nicht zu glauben vermag“¹, schrieb Kardorff am 19. Juli 1893 an Bismarck. In der Tat gaben der Saarbergarbeiterstreik 1892/93 und die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei der Reichstagswahl den kaiserlichen Staatsstreichneigungen neuen Auftrieb. Nach der Ablehnung der „Umsturzvorlage“² telegraphierte Wilhelm II. am 11. Mai 1895 an den neuen Reichskanzler Hohenlohe: „Es bleiben uns somit nur noch die Feuerspritzen für gewöhnlich und die Kartätschen für die letzte Instanz übrig“³. Die Entlassung Berlepschs im folgenden Jahr und die Ernennung des industrienahen Brefeld zum Handelsminister signalisierten für jedermann den Schlußstrich unter die Reformpolitik des „Neuen Kurses“. „Die Arbeiter haben durch ihr bisheriges Verhalten im krassen Undank (was zu erwarten stand) sich nicht der Wohltaten würdig gezeigt“⁴, resümierte Wilhelm II. am 6. Juni 1895.

Stumm, der in diesen Jahren bei Hofe größten Einfluß ausübte, setzte weiterhin auf die Praktiken des Sozialistengesetzes. Am 9. Januar 1895 sprach er sich im Reichstag für folgende Gesetzesformulierung aus: „§ 1. Der Sozialdemokratie einschließlich der Anarchisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. § 2. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder interniert. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen“⁵. Da er gleichzeitig betonte, „jede Stärkung der Fachvereine (sei) eine Stärkung der Sozialdemokratie“⁶, beabsichtigte er in der Konsequenz, „das allgemeine Wahlrecht jedem Gegner des bestehenden Staates . . . ab(zu)erkennen“⁷. Wenn Stumm auch diese Kriminalisierung, die selbst Reformströmungen im Bürgertum bedrohte, nie legislativ durchsetzen konnte, so ließ er doch nichts unversucht, seinen Vorstellungen Geltung zu verschaffen – insbesondere wenn es sich um seinen unmittelbaren Einflußbereich handelte.

Im Herbst 1894 erneuerten die beiden wirtschaftlichen Vereine des Saarreviers ihr Sozialistengesetz. „Wer nicht in allen Stücken für uns ist, der ist gegen uns“⁸, kommentierte das „Saarbrücker Gewerbeblatt“. Mit Unterstützung der Handelskammer⁹ attackierte Stumm die Kathedersozialisten als Wegbereiter der Sozialdemokratie; Adolph Wagner, den er sogar zum Duell forderte, wurde daraufhin demonstrativ zum Rektor der Berliner Universität gewählt¹⁰. Als die evangelischen Arbeitervereine des Saarreviers in Konkurrenz zum „Volksverein für das katholische Deutschland“ 1894 ein Aus-

1 Kardorff. S. 285.

2 Vgl. Umsturz und Sozialdemokratie. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags am 17. 12. 1894 und 8.–12. 1. 1895, Berlin 1895.

3 Clodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hg. von Karl Alexander von Müller, Stuttgart-Berlin 1931, S. 63.

4 Zit. bei G. A. Ritter, S. 27, Fn 50.

5 Tille (Hrsg.): Die Reden des Freiherrn Carl Ferdinand von Stumm-Halberg, Bd. 8, S. 463.

6 Ebd., S. 407.

7 Hellwig: Stumm, S. 509.

8 SGB vom 14. 10. 1894 (Nr. 41).

9 Hellwig: Stumm, S. 527.

10 Vgl. Adolph Wagner: Mein Konflikt mit dem Großindustriellen und Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Stumm-Halberg. Eine Streitschrift zur Abwehr von Angriffen, Beleidigungen und Verdächtigungen, Berlin 1895. Hans Delbrück / Gustav Schmöller / Adolph Wagner: Über die Stummschen Herrenhausreden gegen die Kathedersozialisten, Berlin 1897.